

**Bundesgeschäftsstelle**

Hülchrather Str. 4

50670 Köln

Tel.: 0221-925961-0

Fax: 0221-925961-11

E-Mail: [lsvd@lsvd.de](mailto:lsvd@lsvd.de)

Internet: [www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)

LSVD · Postfach 103414 · 50474 Köln

Deutscher Bundestag  
Fraktion DIE LINKE  
Sahra Wagenknecht  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Berlin, 29.06.2018

Bank für Sozialwirtschaft  
Konto Nr. 708 68 00  
BLZ: 370 205 00  
BIC: BFSWDE33XXX  
IBAN: DE 3037020500  
0007086800

Steuer-Nr. 27/671/51328

VR 12282 Nz  
Amtsgericht Charlottenburg

Mildtätiger Verein - Spenden  
sind steuerabzugsfähig

Offizieller Beraterstatus  
im Wirtschafts- und Sozialaus-  
schuss der Vereinten Nationen

Mitglied im Deutschen Paritätischen  
Wohlfahrtsverband  
(DPWV)

Mitglied der International  
Lesbian, Gay, Bisexual, Trans  
and Intersex Association  
(ILGA)

Mitglied im Forum Menschen-  
rechte

**Ihr Beitrag in der WELT vom 25.06.2018**

Sehr geehrte Sahra Wagenknecht,

mit Erschrecken hat der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Ihren Gastbeitrag in der Welt „Warum wir eine neue Sammlungsbewegung brauchen“ vom 25.06.2018 zur Kenntnis genommen und kann und will diesen Beitrag nicht unwidersprochen stehen lassen.

In Ihrem Beitrag bleiben Sie zwar eher vage, für welche Politik und Ziele diese „neue Sammlungsbewegung“ oder „progressive Stimme“ steht. Allerdings drängt sich aufgrund Ihres Tenors der Eindruck auf, dass diese sich deutlich von Antidiskriminierungspolitiken, Antirassismus oder einer Politik die Menschenrechte verabschieden sollte, diese jedenfalls auf keinen Fall von ihr verteidigt werden wird.

Denn diese sind doch angeblich „Wohlfühl-Label, um rüde Umverteilung von unten nach oben zu kaschieren und ihren Nutznießern ein gutes Gewissen zu bereiten“. Zusammengefasst behaupten Sie weiter, dass „die glitzernde Hülle linksliberaler Werte“ nur von durch neoliberalen Politiken verursachte Armut und wachsender ökonomischer Ungleichheit ablenken sollen. Damit Ihre These aufgeht, verschweigen Sie, vermutlich bewusst, dass diese gesellschaftlich hart erkämpft werden mussten.

So ein mehr oder weniger von der Politik als Ablenkungsmanöver hingeworfenes Häppchen ist für Sie die „Ehe für Alle“, die Sie in einem Satz mit dem sozialen Aufstieg von wenigen verknüpfen. Zwar schreiben Sie, dass beides sich nicht widerspreche, aber dennoch stellen Sie beide Entwicklungen in einen Zusammenhang und suggerieren, dass das eine mit dem anderen zu tun hätte.

Auch das ist ja eine bewusste Entscheidung von Ihnen. Und dieser Tenor zieht sich durch den gesamten Beitrag.

Das demontiert und dementiert ein Stück sogar die eigene Politik der Linken. Schließlich hat sich die Fraktion Die LINKE über mehrere Wahlperioden im Bundestag nachdrücklich für die Öffnung der Ehe eingesetzt und alle anwesenden Abgeordneten der Linken haben bei der Ehe für alle mit Ja gestimmt."

Es muss der Eindruck entstehen, dass ein arbeitsloser oder von Armut betroffener (heterosexueller, weißer) Mensch nach dem Lesen Ihres Textes denken soll: „Mir geht's schlecht, die Politik macht nichts für mich, aber für die Lesben und Schwulen, für die Minderheiten, da kümmern sich die politischen Parteien.“ Das ist gefährlich und der Vorwurf berechtigt, dass Sie damit Homophobie schüren oder legitimieren. Denn zugleich fehlt in dem ganzen Beitrag bewusst ein klares Bekenntnis, eine deutliche Verteidigung von Politiken gegen Homophobie, Transfeindlichkeit und Rassismus.

Stattdessen behaupten Sie, dass man sich nicht wundern müsse, wenn die „Ärmeren und Abstiegsgefährdeten“ heute wieder lautstark „progressive liberale Werte“ ablehnen, sprich rassistisch und homophob werden. Denn eigentlich ist das nur Widerstand gegen eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Ebenfalls verschweigen Sie (bewusst?), dass es Homophobie, Transfeindlichkeit und Rassismus auch vor der Agenda 2010 bzw. Anfang der 1990er gab, obwohl damals die Kaufkraft stärker war als heute. Der LSVD kann sich jedenfalls an die rassistischen Brandanschläge von Rostock, Hoyerswerda, Solingen und Mölln erinnern, wo migrantische Bürger\*innen ermordet wurden. Auch ein offenes Leben als Lesbe oder Schwuler war unmöglich. Transgeschlechtlichen Menschen mussten sich für eine rechtliche Anerkennung ihrer Identität sterilisieren und scheiden lassen, bis heute wird ihnen diese Anerkennung nur mit demütigenden Gutachten gewährt. Aber aus Ihrer Sicht wird eine Änderung dieser Situation bestimmt bald das nächste politische Ablenkungsmanöver sein.

Der LSVD beobachtet mit Sorge sich als links definierende Perspektiven, die den gegenwärtigen Aufstieg rechtskonservativer, rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen und Parteien damit erklären wollen, dass sich linke Politik angeblich zu viel mit Identitätspolitik oder Minderheitenrechten beschäftigt hätte. Die Interessen und Sorgen von Arbeiter\*innen und Arbeitslosen wären so vernachlässigt worden. Man brauche sich daher nicht zu wundern, dass diese nun zu den Rechten wandern.

Abgesehen davon, dass Sie hier auch einer Identitätspolitik das Wort reden, nämlich angeblich im Namen einer homogenen Gruppe von Arbeiter\*innen und Arbeitslosen zu sprechen, sei hierzu gesagt, dass diese Behauptung, a) davon ausgeht, dass Arbeitslose und Arbeiter\*innen ausschließlich männlich, hetero und weiß seien, und b) die Durchsetzung von Menschenrechten nicht im Interesse dieser Gruppe sei. Der LSVD teilt dieses Bild definitiv nicht. Sieht man sich zudem das Führungspersonal der AfD an, halten wir es für fahrlässig und gefähr-

lich, rechtspopulistische Einstellungen ausschließlich bei Arbeiter\*innen und Arbeitslosen zu verorten.

Zuletzt möchten wir Sie daran erinnern, dass Homophobie, Sexismus und Rassismus wie alle anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Abwertung Menschen auseinander treibt und Solidarität gerade schwächt.

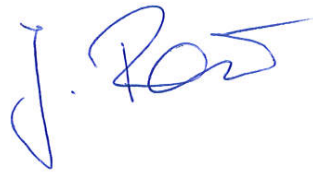
Wenn diese falsche wie gefährliche Diagnose Ausgangspunkt für die von Ihnen herbeigesehnte neue linke Sammlungsbewegung ist, dann wird uns einmal mehr vor Augen geführt, wie fragil und zerbrechlich Normen des respektvollen und gewaltfreien Umgangs eigentlich sind. Offenbar ist ein unbedingtes Bekenntnis zu Menschenrechten auch für sich als links verstehende Politiken jederzeit aufkündbar.

In einem Schreiben an die beiden Parteivorsitzenden haben wir diese aufgefordert, sich deutlich und öffentlich von diesem Beitrag zu distanzieren.

Mit freundlichen Grüßen



Henny Engels  
LSVD-Bundesvorstand



Jenny Renner  
LSVD-Bundesvorstand